

GESUNDHEITSPOLITIK SCHWEIZ

Bürgerliche wollen Krankenkassenfranchise erhöhen

 Schaffhauser Nachrichten | 22.07.2024

Die Bevölkerung solle sich mehr an den Gesundheitskosten beteiligen und eine höhere Mindestfranchise bezahlen, findet die SVP. Der Gesundheitsökonom Heinz Locher kritisiert die Forderung als sozialpolitisch verantwortungslos und gesundheitspolitisch wirkungslos.

Andrea Tedeschi

Bern - Im Juni hat der Onlinevergleichsdienst Comparis einen weiteren Anstieg der Krankenkassenprämien um 6 Prozent für 2025 prognostiziert. Es wäre das dritte Jahr in Folge, in dem die Prämien erheblich ansteigen würden. Die Ankündigung sorgte für Kritik. Es sei noch zu früh, eine Prognose abzugeben, sagte etwa der Branchenverband Santésuisse. Gegen Herbst sollten konkrete Zahlen vorliegen. Ökonomen und Krankenkassenvertreter sind sich jedoch einig darin, dass die Prämien weiter steigen dürften.

Dieser Entwicklung wollen bürgerliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier entgegenhalten, indem sie die Bevölkerung mehr in die Pflicht nehmen wollen, wie Radio SRF berichtete. In zwei identischen Motionen fordern Nationalrätin Diana Gutjahr (TG) und die Ständerätin Esther Friedli (SG), beide SVP, dass die Versicherten eine höhere Mindestfranchise auf die obligatorische Grundversicherung zahlen sollen. Gutjahr sagte, es sei an der Zeit, die Eigenverantwortung der Bevölkerung und die Mindestfranchise nach 20 Jahren zu erhöhen und die Versicherten mehr an den Spital- und Arztrechnungen zu beteiligen. Um wie viel die Mindestfranchise von heute 300 Franken steigen soll, lässt die Forderung jedoch offen.

Mitunterzeichnet haben den Vorstoss Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Mitte, FDP und besonders der SVP. Pikant: Die SVP lehnte vor fünf Jahren eine kontinuierliche Erhöhung der Mindestfranchise im allerletzten Moment ab und verhinderte damit die Einführung einer höheren Franchise. Fraktionspräsident Thomas Aeschi sagte im «Blick»: «Man kann die Prämienzahler nicht einseitig für die steigenden Gesundheitskosten verantwortlich machen. Wir müssen die Kosten in einem Gesamtpaket lösen.» Auch die Pharmaindustrie, Krankenkasse oder Ärzte müssten ihren Beitrag leisten.

Von dieser Position ist die SVP nun abgekommen. Das dürfte besonders die SP bestätigen. Die Ratslinke legte den abrupten SVP-Rückzieher vor fünf Jahren als Wahlkampfmanöver und wegen der bevorstehenden Wahlen als Angst vor Stimmenverlusten aus.

Trotz drohender Prämienhöhung will die SP auch jetzt nichts von einer höheren Mindestfranchise wissen. Die Nationalrätin Barbara Gysi (SG/SP) sagte, eine höhere Mindestfranchise sei unsozial. «Eine Erhöhung wird jene Menschen am meisten treffen, die vulnerabel, älter und chronisch krank sind.»

Ständerat Hannes Germann (SH/SVP) hat die Motion mitunterzeichnet. Auf die Kritik von Links angesprochen, sagte er im Radio SRF, Ziel sei es, einen Anreiz für Einsparungen bei gesunden Menschen zu schaffen, und dass sie weniger Gesundheitsleistungen konsumierten.

Die Versicherten zuerst befähigen

Doch kann eine höhere Mindestfranchise die Eigenverantwortung der Versicherten tatsächlich erhöhen und die Krankenkassenprämien eindämmen, wie es die SVP-Forderung beabsichtigt?

Die Frage geht an den Gesundheitsökonom Stefan Felder von der Universität Basel. Er sagt: «Studien belegen, dass eine höhere Franchise die Kosten senken kann.» Bei einer Franchise von 500 Franken reduziere sich die Prämie der Grundversicherung um 15 Franken, bei einer Franchise von 600 Franken sinke die Prämie um 100 Franken. Felder sagt aber gleichzeitig, die Erhöhung sei finanziell ein Nachteil für chronisch Kranke, da sie nicht wie gesunde Menschen Kosten sparten, indem sie eine höhere Franchise wählen könnten.

In der Schweiz leidet laut Bundesamt für Gesundheit knapp die Hälfte der Bevölkerung an mindestens einer chronischen Erkrankung wie Bluthochdruck, Depressionen oder Lungenkrankheiten, wobei davon besonders über 65-Jährige betroffen sind. Wenig überraschend sind sie die grösste Gruppe, die eine Mindestfranchise abgeschlossen hat.

Laut Felder ist entscheidend, ob die Kostenbeteiligung der Versicherten weiterhin gedeckelt bleibt. Derzeit liegt das Limit bei einer Mindestfranchise bei 1000 Franken. Auf die Franchise von 300 Franken bezahlen die Versicherten noch einen Selbstbehalt von 700 Franken. «Bleibt es dabei, ist eine Erhöhung der Mindestfranchise sozialverträglicher», sagt Felder.

Dem widerspricht jedoch der Berner Gesundheitsökonom Heinz Locher. Er sagt: «Die Forderung der SVP ist sozialpolitisch verantwortungslos und gesundheitspolitisch wirkungslos.»

Was er meint: Laut Studien geht bereits heute jeder Vierte in der Schweiz nicht oder zu spät zum Arzt, um Franchise und Selbstbehalt nicht bezahlen zu müssen. Locher sagt: «Die Erhöhung der Franchise fördert die gesundheitliche Ungleichbehandlung weiter und benachteiligt insbesondere die kranken Menschen, die wirtschaftlich bereits belastet sind.»

Zwar ist auch der Ökonom für mehr Eigenverantwortung der Versicherten, doch man «muss die Menschen zuerst dazu befähigen». Es gehe darum, sagt Locher, dass sich Menschen besser selber helfen könnten und so das Gesundheitssystem entlasten. Der Ökonom schlägt statt einer höheren Mindestfranchise vor, niederschwellige Angebote zu schaffen, die weniger Kosten verursachen wie den Ausbau der Telemedizin, mehr Kompetenzen für das Pflegepersonal oder für Apotheken, die bei leichten und unklaren Beschwerden weiterhelfen können.

«Die Erhöhung der Mindestfranchise fördert die gesundheitliche Ungleichbehandlung weiter und benachteiligt insbesondere die kranken Menschen.» - Heinz Locher, Gesundheitsökonom

